Nicht Starnberg am See

Die Diskussion mit Bürgermeister Olaf Scholz dominierte unsere Delegiertenversammlung

Vor dem Auftritt des Hauptgastes standen unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze sowie ihr Erster Stellvertreter Fredrik Dehnerdt zur Wiederwahl an, was beide zum Anlass nahmen, ihre Arbeit der letzten vier Jahre zu bilanzieren und einen Ausblick auf die anstehenden Herausforderungen zu wagen. So machte Anja unter anderem deutlich, dass es besonders den eingegangenen Bündnissen zu verdanken sei, dass es Bewegung bei dem Thema ‚Guter Ganztag' gegeben habe und auch die erfolgreich laufende Volksinitiative ‚Gute Inklusion' zeige, dass sich hier neue Chancen eröffneten, unsere Forderungen durchzusetzen. In Sachen Arbeitszeit, so die Vorsitzende, sei das Geschäft deutlich schwieriger. Jede Verhandlung darüber sei zäh, weil der Senator immer wieder mit schön gerechneten Modellen aufwarte, die aber die reale Belastung der Kolleg_innen nicht wirklich abbildeten. Im Gegenteil: Es gelte nach wie vor, dass die mit dem Arbeitszeitmodell eingeführten zusätzlichen Aufgaben weiter anwüchsen und damit die Belastung kontinuierlich wachse.

Unser Stellvertretende Vorsitzende Fredrik Dehnerdt schloss in seiner Rede daran an, indem er die Finanzierung des Bildungssystems in Deutschland, aber eben auch die Hamburgs als nicht ausreichend geißelte. Gemessen an der Wirtschaftskraft liege man immer noch unter dem Schnitt der OECD. Dass sich hier was ändere, sei nur mit verstärktem Engagement der Kolleg_innen zu erreichen. Deshalb habe sich die GEW Hamburg auf eine Organisationsentwicklung konzentriert, die nicht nur die – sehr erfolgreiche – zahlenmäßige Mitgliederentwicklung im Auge habe, sondern auch die Organisationsstruktur. Eine Struktur, die den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden müsse, um so den Druck auf unseren politischen Gegner zu erhöhen. (s. dazu weiter unten)

Dies sei ansatzweise bei den Hochschulen, eines seiner Arbeitsfelder, gelungen, so Fredrik weiter. Durch die Unterstützung der dortigen Initiativen, aber auch durch die Einflussnahme gerade junger GEW-Mitglieder sei es gelungen, die Spitze der besonders schäbigen Honorar- und Zeitverträge zu brechen. Ein Pakt mit der Wissenschaftsbehörde, ‚Code of conduct' genannt, sei geschlossen worden. Dessen Realisierung gerate zwar immer wieder ins Stocken, habe aber unter dem Strich partiell zu besseren Lösungen verholfen. Man arbeite daran, dass dies so bleibe.

Aber in einer Bildungsgewerkschaft gehe es nicht allein um die Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen, so Frederik weiter, sondern auch um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen allgemein. Deren Recht beschränke sich also nicht auf gleichberechtigte Teilhabe des Materiellen, sondern es sei eben die Partizipation an der Kultur insgesamt gemeint. Dabei stehe nicht selten die Bildung im Mittelpunkt. Und dass wir von einer gleichberechtigten Teilhabe auf diesem Gebiet noch weit entfernt sind, zeige die soziale Spaltung der Stadt, was sich auf

Fotos: hlz

Eröffnet ein empathischer Bürgermeister Chancen auf politische Gestaltungsspielräume?

unterschiedlichen Ebenen bemerkbar mache. Von daher gehöre alles auf den Prüfstand, ob und inwieweit die von der Politik eingeschlagenen Wege dazu taugen, soziale Schieflagen und Ungerechtigkeiten zu mildern oder gar zu beseitigen. Dies seien die Felder, auf denen er in seiner 4-jährigen Amtszeit gearbeitet habe, eingeschlossen die Flüchtlingsbeschulung sowie das Aufenthaltsrecht von Geflüchteten, so Fredrik abschließend.

Anja und Fredrik wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Unser Gast, Bürgermeister Olaf Scholz, war somit einer der ersten, der ihnen gratulieren konnte.

Olaf for all

Bevor die Delegierten versuchten, Olaf Scholz in Sachen Arbeitszeit, Inklusion, Personalausstattung in Kitas, Berufliche Bildung und Abschiebung in die Zange zu nehmen, hielt der Bürgermeister ein 20-minütiges Referat, indem er zeigte, dass er sich nicht nur in Zahlen ergehen kann, die ihm seine Referent_innen anlässlich seines Auftritts zusammengestellt haben mochten, sondern es beherrscht, diese in einen politischen Kontext zu stellen, in dem es systemimmanente Widersprüche gibt, die auch seine Handlungsspielräume einschränken. Insofern machte er es in der anschließenden Aussprache den Fragenden nicht einfach, da er sein Verständnis für die angesprochenen Probleme damit vorausgeschickt hatte. Nun mag man einwenden, dass das ja jede gute Politikerin und jeden guten Politiker ausmacht; der Unterschied – davon bin ich überzeugt – liegt in den Untertönen, die der- oder diejenige in ihren Ausführungen transportiert. Ob etwas als empathisch wahrgenommen wird, ist somit von der Art des Vortrages, aber natürlich auch immer vom Inhalt abhängig. Und wenn, wie in diesem Fall, der Bürgermeister davon berichtet, dass er bereits als Jugendlicher sich parteipolitisch dafür eingesetzt habe, dass in Hamburg Gesamtschulen eingerichtet werden, um die soziale Ungerechtigkeit zu mildern, klingt das erstmal glaubhaft, auch wenn man weiß, dass solch ein Baustein zu jeder professionellen Rede gehört. Bei den Delegierten konnte der Bürgermeister auf jeden Fall – so mein Eindruck – damit punkten.

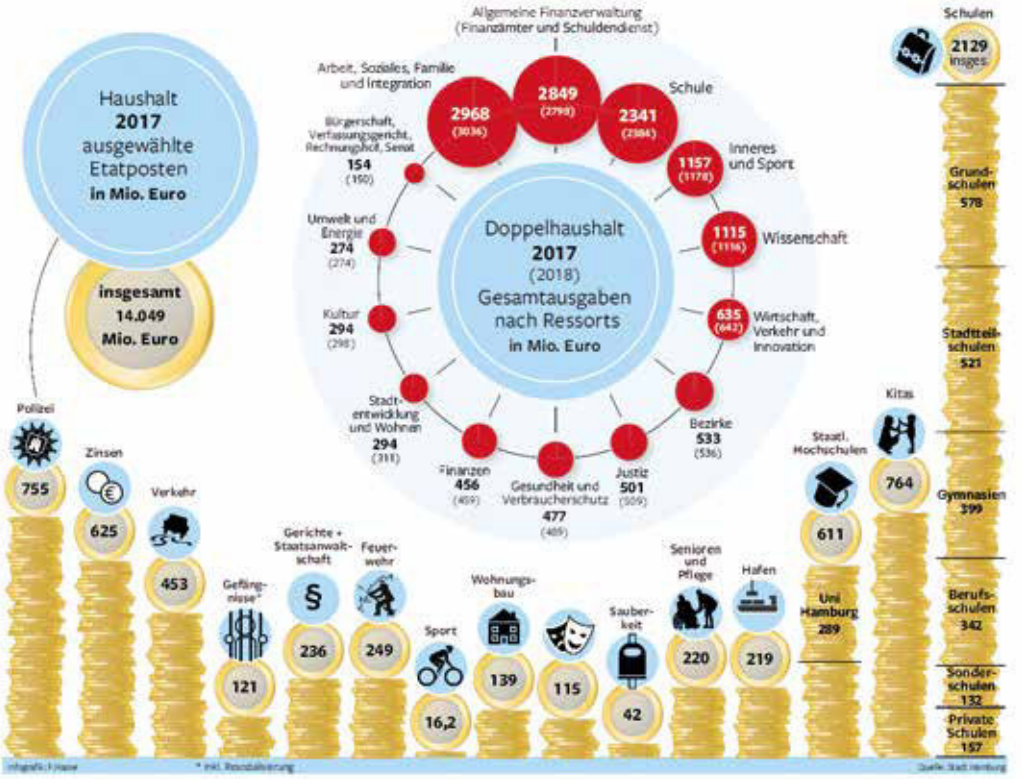
Und so sprang der Bürgermeister von der Darstellung sehr persönlicher Erfahrung mit sozialer Ungerechtigkeit zu jenen Themen, die unser politisches Tagesgeschäft ausmachen. Dass es unter seiner Führung der Regierung gelungen sei, den Bildungsetat zu steigern, dass man durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung bzw. Beschulung gerade versuche, der sozialen Benachteiligung entgegenzuwirken, dass es trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten und Hindernisse gelungen sei, die Inklusion in die Fläche zu bringen, ähnlich wie es großer Mittel des Sozialetats bedurfte, um den Kita-Ausbau zu realisieren. Und natürlich wisse er, dass dies alles nur erfolgreich sein könne, wenn diejenigen, die die

Ich habe in meiner Amtszeit für eine deutliche Steigerung der Bildungsausgaben gesorgt

Herr Bürgermeister, wann können wir endlich mit einer spürbaren Entlastung rechnen?!

Pläne umzusetzen hätten, auch mit dem notwendigen Herzblut dabei seien. Dass dies so ist, davon sei er überzeugt. Davon zeuge das hohe Engagement jedes/jeder Einzelnen. Hamburg habe nun mal andere Probleme zu lösen und Hindernisse zu überwinden – wer wisse dies besser als die Anwesenden – als (so seine Wortschöpfung) Starnberg am See.

Aber trotz aller Probleme eines Stadtstaates, der geprägt sei von Einwanderung wie wohl kein anderes Bundesland, zeigte Scholz sich überzeugt, dass die unter seiner Verantwortung stehende Regierung auf dem richtigen Weg sei. Das 2-Säulen-Modell sei in seiner Ausprägung einzigartig in Deutschland, weil es nur in Hamburg an jeder Stadtteilschule eine Oberstufe gebe. Mit beachtlichen Übergangsquoten in die Oberstufe und damit letztlich einer Zahl an Abiturient_innen, die es vormals niemals gegeben habe. Wer aber die Schule vorher verlasse, für den stehe ein Berufsbildungssystem bereit, für das uns viele im In- und Ausland beneideten. Ein engmaschiges Netz aus Berufsagenturen speziell für Jugendliche, gepaart mit einem Mix aus schulischer Betreuung in Kombination mit Praktika, sorge dafür, dass so gut wie niemand verloren gehe. Angesichts der dramatischen Ju-



© HAMBURGER ABENDBLATT / FRANK HASSE

Richtig ist, wenn der Bürgermeister davon spricht, dass die Bildungsausgaben, seit er im Amt ist (seit 2011), gesteigert wurden, bei näherem Hinsehen diese allerdings für die Schulen unterproportional gegenüber dem Gesamthaushalt wuchsen. So liegt die Steigerung der Ausgaben für Schulen im Jahr 2011 gegenüber den geplanten Ausgaben für das Jahr 2017 bei 17,4 Prozent, die des Gesamthaushalts im selben Zeitraum bei 21,3 Prozent. Und dies vor dem Hintergrund steigender Schüler_innenzahlen, der Inklusion und der Ganztagsbeschulung. Kein Wunder also, wenn Kolleg_innen zunehmend unter der Mehrbelastung leiden.

gendarbeitslosigkeit in anderen Teilen der Welt oder auch Europas sei dieses Hamburger Modell vorbildhaft, so der Bürgermeister nicht ohne Stolz. Angesichts dieser steilen These prallte dann auch die Frage an ihm ab, wie es denn sein könne, dass am Ende doch sehr viele Jugendliche ohne Lehrstelle dastünden und die Übergangsquote in eine klassische duale Ausbildung kontinuierlich sinke.

Ähnlich erging es den Fragesteller_innen in Sachen Inklusion oder Kita-Ausbau und der dazugehörigen Personalausstattung. Olaf Scholz verwies einfach auf die Zuwächse, die es gerade in diesen Bereichen gegeben habe. Dass das alles noch nicht ausreichend ist, sei ihm bewusst. Aber durch geschickten Mitteleinsatz, beispielsweise durch einen stärkeren Mix der Professionen, könne man einige Probleme abfedern.

Jenseits des Sachzwangs

Überzeugend konnte unsere Vorsitzende darstellen, welche zusätzlichen Aufgaben seit Einführung des Arbeitszeitmodells die Lehrer_innen zu bewerkstelligen haben. Hamburg liege – trotz der von der Behörde gebetsmühlenartig vorgetragenen Argumentation, dass dies nicht

BESCHLUSS

Sofortiger Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge!

Die GEW Hamburg appelliert an den Bürgermeister Olaf Scholz, sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg ab sofort keine Abschiebungen nach Afghanistan mehr stattfinden.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die Argumentation des Bürgermeisters, der am Vormittag noch davor gewarnt hatte, schien die Delegierten nicht überzeugt zu haben.

Als Vertrauensfrau will ich auf mein Recht, auf dem Gewerkschaftstag mitmischen zu können, nicht verzichten. Kathrin Jänner von der Grundschule Mümmelmannsberg

so sei – an der Spitze des wöchentlichen Stundendeputats. Die von der Behörde genannten Zahlen seien geschönt, weil es Durchschnittgrößen seien, die auf die konkrete Situation in der Schule in einer sozial gespaltenen Stadt nicht zuträfen. Viele Kolleg_innen seien am Ende ihrer Kräfte, könnten die Situation nur durchstehen, indem sie ‚freiwillig' mit Lohnverzicht weniger arbeiteten oder nur noch den Ausweg in die Frühpensionierung sähen.

Die Reaktion des Bürgermeisters auf die Dramatik der Schilderung war erwartungsgemäß die des Sachwalters eines Systems, das immer vor der Herausforderung steht, dass die zu bewältigenden Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur unzureichend zu erfüllen sind. Und was an dieser Stelle sich mit einem finanziellen Sachzwang erklären ließ, war an anderer Stelle ein politischer.

Die Frage, warum man bei einer Abschiebung noch nicht einmal Kinder verschone, die in der Schule gut integriert seien, konterte der Bürgermeister mit der Frage, ob man es denn politisch verantworten könne, wenn es der AfD gelinge, bei den nächsten Wahlen die 30-Prozent-Marke zu reißen.

Der Gabe des Bürgermeisters, die Widersprüche im Systemzusammenhang aufzuzeigen, zollten die Delegierten am Ende Applaus. Da die Darlegung seiner Antworten eine längere Zeit in Anspruch nahm, konnte eine Reihe von Fragen nicht mehr gestellt werden. (s. Kasten Seite 17)

Immerhin, man hat uns gehört! Allen Delegierten dürfte klar geworden sein, dass es nicht nur guter Argumente bedarf, wenn man seine Interessen durchsetzen will, sondern dass es letztlich nur der politische Druck sein kann, gleich ob von

Ole Waldmann, Vertrauensmann der Gretel-Bergmann-Stadtteilschule, gab einen Eindruck davon, welche Rolle man als aktives GEW-Mitglied spielen kann. Er zitierte aus einer Resolution, die auf Initiative seiner Betriebsgruppe die Zustimmung der Kolleg_innen auf der Lehrer_innenkonferenz fand: "Wir fordern die Schulleitungen auf, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen und öffentlich die zu hohe Arbeitsbelastung unter dem Hamburger AZM zu thematisieren, um damit auf eine Reduzierung der Arbeitsbelastung hinzuwirken." Hartnäckig dran bleiben, so sein Credo

Bildung. Weiter denken!

Politische Schwerpunkte der GEW Hamburg 2017

Alle Verbesserungen im Bildungsbereich, seien es Gruppen- und Klassengrößen, moderne Räume und die digitale Ausstattung oder die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten, kosten Geld. Es ist das Grundanliegen der GEW, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, ist dreierlei notwendig:

• Eine verstärkte Einmischung in die Auseinandersetzung um die Finanzpolitik,

• eine anschauliche Darstellung der Anforderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen,

• die Erzeugung von gesellschaftlichem Druck durch Aktionen, Bündnisse, Lobbyarbeit und gemeinsame Appelle mit gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Weiter vorantreiben werden wir daher unsere Aktivitäten im Kita-Netzwerk, bei der Volksinitiative „Gute Inklusion“ und in der AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“. Unser Ziel ist, eine verbesserte Bildungsfinanzierung durchzusetzen. Wir wollen die Politik überzeugen, dass gute Bildung mehr Geld wert ist!

Kinder und Jungendhilfe

Im Kita-Bereich geht es darum, gute Bedingungen für die Bildung von Anfang an zu schaffen. Unser Ziel ist, dass der Personalschlüssel schnell um bis zu 25 Prozent erhöht wird, nicht erst 2019 in der Krippe und 2025 im Elementarbereich. Die Hamburger Haushaltsmittel und die Bundesmittel dürfen nicht nur zur Platzerweiterung verwendet werden. Die Kita-Beschäftigten sind überlastet und werden ausgenutzt. Die Berufe in der Kita müssen attraktiver werden, damit mehr Menschen die Berufe ergreifen und auch darin arbeiten. Deshalb wird die GEW sich dafür einsetzen, dass möglichst viele betriebliche Regelungen vereinbart werden, die bei Personalmangel die Arbeit begrenzen und es keine Maßnahmen gegen kranke Kolleg_innen gibt. Die GEW wird neben dem Engagement im Kita-Netzwerk eine eigene Aktionsplanung zur Verbesserung des Personalschlüssels erarbeiten.

Die Volksinitiative „Gute Inklusion“ nützt allen Kindern und ist ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Das Menschenrecht auf Inklusion darf in einer so reichen Stadt wie Hamburg nicht an Personal und Räumen scheitern. Zur Durchsetzung dieser Forderungen hat sich die Volksinitiative „Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen“ gebildet, die von der GEW unterstützt wird. 10.000 gültige Unterschriften von wahlberechtigten Hamburger Bürger_innen sind erforderlich, damit sich die Hamburger Bürgerschaft mit dem Anliegen der Volksinitiative beschäftigen muss. Die GEW engagiert sich bei der Sammlung und den zu erwartenden Verhandlungen.

Reform der Lehrer_innenbildung

Nachdem Senator Rabe im letzten Jahr eine Expert_innenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrer_innenbildung in Hamburg eingesetzt hat, sind deren Empfehlungen am 18. Januar 2017 dem Senator übergeben worden. Der Landesvorstand der GEW hat am 17. Januar Prüfsteine für die Reform der Lehrer_innenbildung verabschiedet und wird mit anderen Verbänden und Interessierten der Fachöffentlichkeit Veranstaltungen planen, um eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema anzuregen. Die GEW fordert von Bürgerschaft und Senat, den Masterabschluss zum Regelabschluss des Studiums zu machen; insbesondere die Lehramtsstudierenden sind auf einen verlässlichen Übergang vom Bachelor zum Master angewiesen.

JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen. Grundschullehrkräfte werden als Beamt_innen nach der Besoldungsgruppe A 12 bezahlt, als Angestellte sind sie in EG 11 eingruppiert. Zirka 90 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen sind Frauen. In einem Beruf, der bis heute weiblich geprägt ist, ist das eine mittelbare Diskriminierung von Frauen. Damit muss endlich Schluss sein! Nach Übergabe der Unterschriften der Unterschriftenaktion „Ich habe A13 verdient und will es jetzt auch haben!“ an die Schulbehörde plant die GEW weitere Aktivitäten zum Thema.

Gute Arbeit in der Wissenschaft

In Hochschule und Forschung sind Fristverträge mit Laufzeiten von teilweise unter einem Jahr nicht unüblich – und dort hat die GEW in den letzten vier Jahren mit einigem Erfolg an verschiedenen dicken Brettern gebohrt. So wurde eine Mindestlaufzeit für Doktorand_innenstellen und ein Zeitanteil zur Forschung – wenn auch nur bei Etatmitteln – festgeschrieben; es wurde die Laufzeit

von Projektmittelstellen an die Laufzeit der bewilligten Mittel geknüpft – jedoch nur, wenn auch die Projektbefristung nach § 2 Abs. 2 des WissZeitVG gewählt wird – und es wurde per Gesetz festgeschrieben, dass Daueraufgaben auf Dauerstellen verrichtet werden – auch wenn dieser Schritt noch nicht zu der von der GEW erhofften Entfristungsoffensive geführt hat. Wir werden weiter bohren, um hier weitere Verbesserungen zu erreichen.

Weiterentwicklung der GEW Hamburg

Einerseits verzeichnet die GEW seit Jahren einen Mitgliederanstieg, andererseits schlägt sich dies nicht in gesteigerten Aktivitäten und einer erhöhten Beteiligung innerhalb der GEW nieder. Zur Weiterentwicklung der GEW Hamburg hat der Landesvorstand 2016 eine Kommission eingesetzt, die sich mit Fragen rund um das Thema, wie wir die Beteiligung der Mitglieder stärken können, befasst und verschiedene Vorschläge entwickelt hat, die nun weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört:

- neue Beteiligungsstrukturen für Vertrauensleute in der GEW zu schaffen,
- weitere VL-Info und Arbeitshilfen anzubieten,
- die "aufsuchende" Arbeit zu verstärken, z.B. über eine BG-Tour sowie
- das Verhältnis zwischen Vertrauensleuten und Personalräten zu klären.

Die Aufgabe der Mitgliederaktivierung – sie zu motivieren, mit Unterstützung der GEW für ihre Interessen einzutreten – ist und bleibt eine Daueraufgabe der GEW auch in der Zukunft.

Beschluss des Gewerkschaftstags der GEW Landesverband Hamburg am 10.4. 2017

der Straße oder aus dem übrigen Repertoire der politischen Einflussnahme, der die politischen Entscheidungsträger zum Umdenken zwingt.

Schlagkraft erhöhen

Wie man das macht, war Gegenstand der nachmittäglichen Debatte. Dazu waren Gäste eingeladen, die aus ihrer Erfahrung schilderten, wie man die Schlagkraft einer Gewerkschaft erhöhen kann. So konnte Dominique Lembke von der IG-Metall von zahlreichen Bildungsangeboten berichten, die man speziell für Vertrauensleute entwickelt hat. Ergänzend dazu breitete Christian Kröhnke, zuständig für

Drei der Fragen, die aus Zeitgründen nicht mehr gestellt werden konnten:

1) Wussten Sie, Herr Bürgermeister, dass wir schon ‚eine Schule für alle' in Hamburg haben? In Stadtteilen mit Sozialindex 1, in denen man konstatiert, dass die Schulen dort in schwieriger sozialer Lage seien, so fand der Schulforscher und ehemalige Staatsrat der Schulbehörde Ulrich Vieluf heraus, gibt es nämlich ausschließlich Stadtteilschulen und kein einziges Gymnasium. Dagegen finden sich in den Elbvororten (Sozialindex 6) bis auf eine Stadtteilschule ausschließlich Gymnasien. Führen Sie das auf ein unterschiedliches genetisches Potenzial der dort lebenden Menschen zurück oder wie erklären Sie sich das?

2) Sie sagen, die Stadtteilschulen haben eine 40%ige höhere Personalausstattung als die Gymnasien. Trotz dessen und trotz des einen Jahres mehr, das den Stadtteilschüler_innen bis zum Abitur gewährt wird, werden, sieht man mal von den Langformen einiger Stadtteilschulen ab, so gut wie keine Kinder aus bildungsnahen Schichten an den Stadtteilschulen angemeldet. Zurück bleiben die Kinder aus migrantischem Milieu und deutsche, oft aus sozial belasteten Familien. Diese Gruppe soll nun die Aufgabe der Inklusion und weit überproportional die Herausforderung der Flüchtlingsbeschulung schultern. Auf diese Weise entwickelt sich das 2-Säulen-Modell immer mehr zum Brandbeschleuniger der sozialen Segregation. Wie wollen Sie das stoppen?

3) Sie haben in Ihrer Rede mitfühlend geschildert, wie Sie es als 10-Jähriger als sehr ungerecht empfunden haben, als Sie aufs Gymnasium kamen und ein Freund und Mitschüler, obwohl er auch gut in der Schule war, auf der Volksschule bleiben musste. Was denken Sie, wie es jetzt Kindern geht, die ins Zeugnis der 4. Klasse gestempelt kriegen, dass sie nicht fürs Gymnasium, sondern für die Stadtteilschule empfohlen sind?

Man kann nur hoffen, dass der Bürgermeister Formulierungen für die Beantwortung der Fragen gefunden hätte, die ihm nicht den Vorwurf eingebracht hätten, er rede vor dem Hintergrund einer gespaltenen Stadt mit gespaltener Zunge.

JOACHIM GEFFERS

Bildung im DGB Hamburg, das Tableau gewerkschaftlicher Bildungsarbeit aus.

Hintergrund dieser Einlassungen war der satzungsändernde Antrag des Vorstandes, der die Ersetzung des zweiten halbtägigen jährlichen Gewerkschaftstages zugunsten einer Vollversammlung der Vertrauensleute (VV) zum Gegenstand hatte. Es ist der Versuch, über diesen Weg die Vertrauensleute mehr in die Verantwortung zu nehmen, auch in der Hoffnung, dass sich hierdurch die Aktivität an der Basis, konkret in den Betriebsgruppen, steigern lasse. Die Delegierten ließen sich überzeugen und stimmten mehrheitlich mit Ja.

Ein weiterer Vorschlag die Satzung zu ändern, sah vor, dass zukünftig keine Vertrauensleute, sondern nur noch Delegierte auf den Gewerkschaftstagen stimmberechtigt sein sollten. Nach kurzer Diskussion und der Argumentation von Kathrin Jänner von der Grundschule Mümmelmannsberg, dass es nicht sein könne, wenn sie sich als Vertrauensfrau engagiere, sie nicht auch Einfluss auf die Politik des Gewerkschaftstages nehmen könne, blieb es bei der bisherigen Regelung, nach der Vertrauensleute und Delegierte gleichermaßen stimmberechtigt sind.

JOACHIM GEFFERS

Einladung zu einer Veranstaltung der Fachgruppe Sonderpädagogik/Inklusion:

„Wo drückt der Schuh? – Veränderungen der Arbeitsbedingungen in den speziellen Sonderschulen"

Dienstag, den **6. Juni 2017,** in der **Zeit von 17.00-19.00 Uhr, in den Räumen der GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg**

Die Veranstaltung wird mit einer **Gebärdendolmetscherin** stattfinden.

Zur besseren Planung **bitte anmelden** bei **Britta_Blanck@web.de**

Bildung in Hamburg weiter denken – aber wie?

Viel Lob, wenig Zugeständnisse vom Bürgermeister

Der 1. Bürgermeister Olaf Scholz war zu unserem Gewerkschaftstag am 10. April 2017 eingeladen, damit wir mit ihm über Bildungspolitik in Hamburg und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ins Gespräch kommen. Nach einem zwanzigminütigen Eingangsbeitrag von Olaf Scholz gab es für die Delegierten eine gute Stunde Gelegenheit, darauf einzugehen und wesentliche Fragen zu stellen. Recht viele Kolleginnen und Kollegen gaben noch während der Bürgermeister sprach ihre Wortmeldezettel beim Präsidium ab, denn der Bedarf Nachfragen zu stellen, zu diskutieren oder Widerspruch anzumelden war groß.

Was haben wir gehört? Seit sechs Jahren habe Hamburg der Bildung in der Senatspolitik einen hohen Stellenwert eingeräumt. Dazu werde eine Menge Geld in die Hand genommen. Der Ausbau der Kita-Plätze, um jedem Kind einen Platz zu ermöglichen. Ausbau des Ganztagsangebots an Schulen, der Ausbau der Stadtteilschulen – nur noch wenige ohne Oberstufe –, Abbau des Sanierungsstaus bei den Schulgebäuden usw. Olaf Scholz wies auf kleinere Klassen hin, auf zusätzlich eingestelltes Personal für Inklusion, Ganztag und Beschulung von Geflüchteten und die Verbesserung des Personalschlüssels für den Krippenbereich habe man im Blick. Man habe – im Vergleich mit den anderen Bundesländern – Maßstäbe in der Bildungspolitik in Sachen Inklusion, Integration und besonders mit dem Übergangssystem von Schule in den Beruf Maßstäbe gesetzt.

Soweit die Lobeshymnen auf die Hamburger Bildungspolitik. Wir kennen die Zahlenhuberei und das Heranziehen von Vergleichsstatistiken gut. Es nützt uns aber wenig in der konkreten Situation vor Ort.

Enttäuschend war, dass die Fragen nach den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten – ob es die Arbeitszeit betrifft oder die Bezahlung – als gewerkschaftspolitische Forderungen abgetan und nicht beantwortet wurden. Geradezu zynisch konnte man

im Zusammenhang mit dem Lehrerarbeitszeitmodell die Bemerkung von Scholz werten, dass wir uns dafür selbst entschieden hätten. Es gab Ende der 90iger, Anfang der zweitausender Jahre eine Diskussion darum, wie man die vielen Aufgaben, die neben dem eigentlichen Unterrichten immer mehr Überhand nahmen, in die Berechnung der Arbeitszeit aufnehmen kann. Aber die Hamburger Lehrkräfte haben sich die auf „Auskömmlichkeit“ ausgerichtete Lehrerarbeitszeitverordnung, bei der 1400 Stellen eingespart wurden, nicht ausgesucht.

Dass die kostenlose Versorgung an Kita-Plätzen Priorität vor dem Erzieher_in-Kind-Schlüssel hat, hatte Scholz schon bei seinem Vortrag deutlich gemacht. Die Forderung nach einer Ausfinanzierung der Tarifabschlüsse im Kita-Bereich wurde abschlägig beschieden.

Im Bereich der Hochschule wurde nachgefragt, warum die positive Entwicklung, die mit der Einrichtung der Wissenschaftsbehörden-AG „Code-of-Conduct“ für gute Arbeit in der Wissenschaft vor einigen Jahren begonnen wurde, nicht weiter fortgesetzt wurde. Hier antwortete Scholz, dass aus seiner Sicht alles gut laufe. Diese Sicht teilt die GEW nicht.

Bei der Diskussion um die Frage nach einer ausreichenden Zuweisung von Ressourcen für eine gelingende Inklusion, unter Bezugnahme auf die erfolgreichen I- und IR-Klassen, stellte Scholz klar, dass niemand behauptet habe, dass die Ausstattung der Inklusion besser sei als das vormalige System. Der Umstand, dass die bereits vom Senat beschlossenen Ressourcenzuweisungen gar nicht umgesetzt werden, d.h. gar nicht ankommen, konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr diskutiert werden.

Es traten weitere Dissense in der Fragerunde zutage: Für eine erneute Diskussion um die Schulstruktur gibt es für Olaf Scholz keinen Grund.

Die Fragen unserer Vorsitzenden zeigen einen wenig begeisterten Bürgermeister

Bei der Frage nach dem Erfolg des Übergangs von Schule – Beruf, wenn es trotz aller Bemühungen nur ca. ein Viertel bzw. ein Drittel der Schulabgänger_innen in eine Ausbildung schaffen, verwies Scholz auf die anderen Bundesländer, in denen es noch schlechter aussehe und die uns um unser Übergangssystem beneideten. Konstatiert werden muss, dass die Betriebe und Unternehmen ihren Teil – nämlich ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen – nicht beitragen. Scholz lehnte eine Ausbildungsplatzabgabe oder andere Maßnahmen für Unternehmen, die nicht ausbilden, ab.

Emotional reagierten die Delegierten des Gewerkschaftstages, als es um das Thema Abschiebung von Kindern und Jugendlichen ging. Olaf Scholz vertrat die Meinung, dass auch Kinder, deren Eltern als Asylbewerber_innen abgelehnt wurden, abgeschoben werden. Als Gewerkschaft, die das Recht des Kindes auf Bildung vertritt, ist dies nicht nachzuvollziehen. Die GEW Hamburg hat den Hamburger Appell „Schule für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Hamburg – jetzt die richtigen Weichen stellen!“ dazu auf den Weg gebracht (https://www.gew-Hamburg.de/themen/gew/hamburger-appell-fuer-geflüchtete-Kinder-und-jugendliche-veroeffentlicht). Die Kolleginnen und Kollegen machten ihren Unmut mit Zwischenrufen sehr deutlich.

Es ist auf dem Gewerkschaftstag zu einem Austausch von Positionen mit dem Bürgermeister gekommen, aber es blieben auch viele Fragen offen. Das zeigen nicht zuletzt die Wortmeldungen, die aus zeitlichen Gründen nicht mehr aufgerufen werden konnten.

Gute Bildungsqualität kann nicht ohne gute Arbeitsbedingungen entstehen. Das bedeutet, gemeinsam mit Beschäftigten, mit Beteiligten und Bildungsexpert_innen vor Ort, mit der Gewerkschaft Lösungen für die großen Herausforderungen zu entwickeln und weiter zu denken!

ANJA BENSINGER-STOLZE,
Vorsitzende GEW Hamburg